

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15596

"Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) Förderung - unter besonderer Berücksichtigung der Belange der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU)"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15596 vom 21.02.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 97 vom 22.02.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 09.03.2017
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16484 des HA vom 30.03.2017
5. Beschluss des Plenums 17/16595 vom 25.04.2017
6. Plenarprotokoll Nr. 102 vom 25.04.2017



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) Förderung – unter besonderer Berücksichtigung der Belange der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen eines schlüssigen Gesamtkonzepts auf Bundesebene auch dafür einzusetzen, dass eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE-Förderung – unter besonderer Berücksichtigung der Belange der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) – eingeführt wird.

Dabei sind die finanziellen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte sowie steuerfachliche Aspekte zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts sowie zum Erhalt ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zu berücksichtigen.

#### **Begründung:**

Da es sich Deutschland als führendes Industrieland angesichts des globalen Standortwettbewerbs nicht leisten kann, die steuerliche Förderung von Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) zu vernachlässigen, sollte sich der Freistaat dafür einsetzen, wirksame steuerliche Anreize zu schaffen.

In der im Jahre 2000 beschlossenen Lissabon-Strategie der EU haben sich die Mitgliedstaaten zum Ziel gesetzt, die Wettbewerbsfähigkeit der EU im internationalen Vergleich deutlich zu erhöhen. Dabei sollten die Produktivität und Innovationsgeschwindigkeit in der EU durch verschiedene politische Maßnahmen gesteigert werden. So hatten sich die Mitgliedstaaten insbesondere verpflichtet, die FuE-Ausgaben bis 2010

EU-weit auf mindestens 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anzuheben. Da dieses Ziel innerhalb des genannten Zeitraums nicht erreicht wurde, wurde es im Juni 2010 in der Strategie „Europa 2020“ fortgeschrieben und beschlossen. Das Verhältnis von Ausgaben für interne FuE zum BIP (FuE-Intensität) beträgt laut dem Gutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI-Gutachten 2017, S. 138) für das Jahr 2015 insgesamt 2,99 Prozent und erreicht damit erstmals nahezu das gesteckte Ziel. Deutschland lag damit zumindest bis 2014 unter anderem deutlich hinter Südkorea, Japan und Schweden (vgl. EFI-Gutachten 2017, Abb. C 2-1, S. 139). Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass der Freistaat Bayern sowohl hinsichtlich der FuE-Intensität mit insgesamt 3,16 Prozent wie auch in allen Sektoren (Wirtschaft, Staat und Hochschulen) bisher deutlich hinter dem Spatenreiter Baden-Württemberg mit 4,80 Prozent – zumindest bis 2014 – zurückbleibt. Alarmierend erscheint der Umstand, dass der Anteil, der durch die Wirtschaft finanzierten Bruttoinlandsausgaben für FuE zwischen 2005 und 2015 deutlich abgenommen hat. Innerhalb dieses Zeitraums ist der Anteil von 69,3 Prozent auf 67,7 Prozent gesunken, während die FuE-Ausgaben des Staates und der Hochschule im gleichen Zeitraum gestiegen sind. Auch die Bundesregierung plante, in Deutschland eine steuerliche FuE-Förderung einzuführen. Jedenfalls heißt es im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26. Oktober 2009: „Wir streben eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung an, die zusätzliche Forschungsimpulse insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen auslöst“ (S. 15). Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 14. Dezember 2013 wurde die steuerliche Forschungsförderung nicht mehr aufgenommen. Eine steuerliche Förderung ist dabei insbesondere für den Mittelstand – als tragende Säule der deutschen Wirtschaft von Bedeutung.

Das Instrument der indirekten FuE-Förderung durch steuerliche Anreize gibt es in 28 der 35 OECD-Staaten. Bislang machen neben Deutschland lediglich Estland, Mexico, Neuseeland, Schweden und der Schweiz keinen Gebrauch von einer steuerlichen FuE-Förderung.

Dabei gibt es neben einigen Nachteilen wie der fehlenden Möglichkeit zur zielgerichteten Förderung bestimmter Technologien und Themengebiete oder der mangelnden fiskalischen Planbarkeit auch erhebliche Vorteile insbesondere für kleine und mittelständische (KMU) und junge Unternehmen. Direkte FuE-Förderungen erfordern immer eine Antragsstellung und sind

für die Unternehmen mit hohen Planungsunsicherheiten verbunden. Überdies ist es gerade für KMU kaum möglich ohne erheblichen Einsatz von personellen und finanziellen Ressourcen im „Förder-Dschungel“ die passenden Förderprogramme zu finden. Diese Tatsachen schrecken zahlreiche Unternehmen von einer Antragstellung ab.

Demgegenüber würde bei einer steuerlichen Förderung bereits der Nachweis qualifizierter förderfähiger FuE-Aufwendungen genügen und damit erheblich zur Planungssicherheit beitragen. Gleichzeitig dürfte sich der administrative Aufwand, der sowohl dem Staat als auch den antragstellenden Unternehmen entsteht, im Vergleich zur Direktförderung geringer ausfallen. Die steuerliche Förderung entfaltet darüber hinaus eine größere Breitenwirkung und fördert damit Innovationen.

Im Wesentlichen werden international die zwei folgenden Ausgestaltungsvarianten einer steuerlichen FuE-Förderung angewandt:

- Steuergutschrift auf alle FuE-Aufwendungen im Rahmen der Ertragsbesteuerung (Körperschaft-, Gewerbe- und Einkommensteuer),
- Steuergutschrift auf FuE-Personalaufwendungen und Verrechnung mit der Lohnsteuer.

Nach den Forderungen der Wirtschaft sollen 10 Prozent der FuE-Aufwendungen als Abzug von der Steuerschuld berücksichtigt werden (Steuergutschrift). Durch eine generelle Förderung würden auch die bereits bisher getätigten Kosten für FuE gefördert, ohne dass es zu einer Zunahme der FuE käme. Vielmehr wären Mitnahmeeffekte zu befürchten, da gerade große Unternehmen bereits jetzt aus unternehmerischem Eigeninteresse Forschung und Entwicklung in erheblichem Umfang betreiben, wenngleich das FuE-Niveau am Standort Deutschland dynamisch ist. Die Förderung sollte sich daher schwerpunktmäßig auf KMU konzentrieren, die bislang vielfach keine Direkt-

förderung in Anspruch nehmen oder nehmen konnten. Dieses Ziel ließe sich EU-beihilferechtskonform beispielsweise dadurch erreichen, dass die Förderung dem Grunde nach zwar allen Unternehmen gewährt, aber auf ein Höchstvolumen begrenzt wird. In jedem Fall sollten Doppelförderungen und Mitnahmeeffekte zu Lasten kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) ausgeschlossen werden. Soweit die FuE-Förderung und damit die Ausgaben der Unternehmen im Trend zu höheren Gewinnen in den Unternehmen führen, stärkt dies zugleich die Steuerbasis bei den Gewinnsteuern (unter anderem Körperschafts- und Gewerbesteuer).

Nach einer Studie der Universität Mannheim (Ökonomische Effekte einer steuerlichen Forschungsförderung in Deutschland) aus dem Jahre 2011 würden sich die Steuermindereinnahmen bei einem Fördersatz von 10 Prozent auf rund 4,75 Mrd. Euro belaufen und würden sich bei einem Fördersatz von 5 Prozent auf rund 2,37 Mrd. Euro halbieren. Bei einem Fördersatz von 3 Prozent lägen sie unter 1,5 Mrd. Euro.

Demgegenüber steht jedoch ein erheblicher volkswirtschaftlicher Wohlfahrtsgewinn. So würde eine steuerliche Förderung der Forschung die FuE-Ausgaben der Unternehmen nach der oben genannte Studie signifikant steigern und gleichzeitig zu gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsgewinnen beitragen. Die Analyse der Universität Mannheim: Jeder vom Staat eingesetzte Euro würde zusätzliche FuE-Aufwendungen der Unternehmen von 1,25 Euro nach sich ziehen. Bei einem Gesamtvolumen einer 10 prozentigen Steuergutschrift von 5 Mrd. Euro überstiegen die gesamtwirtschaftlichen Erträge die um administrative Vollzugskosten und Zusatzlasten der Besteuerung erhöhten fiskalischen Kosten um 750 Mio. Euro. So könnte die deutsche Volkswirtschaft mit rund 750 Mio. Euro pro Jahr durch Steuermehreinnahmen und Nutzung des technologischen Fortschritts profitieren. Ein „Return on Investment“ für den Staatshaushalt wäre so in wenigen Jahren gegeben.

er nicht mehr bei uns im Petitionsausschuss ist, wird kein einziger Fall an die Härtefallkommission weitergeleitet. Das ist eine Situation, die ich nicht verstehe.

Ich glaube, und das entnehme ich auch Ihrem Beitrag, Sie sind auch betroffen. Das nehme ich Ihnen auch ab. Was wir im Moment im Petitionsausschuss aber machen, das ist eine sehr starke Härte. Das wird den Fällen nicht gerecht. Wenn wir den Presseberichten heute entnehmen, dass 40 der 50 Personen, die heute am Flughafen München in den Flieger steigen, aus Bayern kommen, dann muss man sich doch fragen, warum das so ist. Wie kommt es zu dieser Situation? In der lokalen Presse muss ich mir von dem CSU-Abgeordneten Schalk vorwerfen lassen, dass ich ein schwer gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat habe, weil ich darauf hingewiesen habe, dass wir Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen können. Diese Diskussion verstehe ich nicht mehr. Wer hat denn hier ein schwer gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat? Sind das die 13 Bundesländer, die momentan die Abschiebung ausgesetzt haben?

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Barbara Stamm (CSU):** Herr Kollege, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rede nicht nur über Solidarität, sondern ich will Solidarität nach Möglichkeit auch leben. Etwas anders werden Sie von mir nicht erleben. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, auch den Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion dafür, was in den zurückliegenden Monaten im Petitionsausschuss geleistet worden ist. Ich sage, die Kolleginnen und Kollegen haben nichts anderes getan, als nach Recht und Gesetz zu entscheiden.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb können wir uns im Grunde genommen auch nicht hinstellen und sagen, wie schlimm das alles ist.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Die Kolleginnen und Kollegen haben im Petitionsausschuss nach Recht und Gesetz entschieden. Das ist ihnen menschlich nicht leicht gefallen, das haben wir heute in der Debatte gemerkt. Das haben wir heute auch gespürt. Die Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion haben im Petitionsausschuss nach Recht und Gesetz entschieden. Weil dem so ist, können im Grunde genommen nur die Innenminister dem Rechnung tragen. Sie können überlegen, ob sie die Lage anders beurteilen als bisher, ob die Abschiebepraxis so bleibt oder nicht. Das ist die Aufgabe, die jetzt vor uns steht, nichts anderes.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren, bevor ich Staatsminister Herrmann das Wort erteile, darf ich mit Blick auf die Uhr auf Folgendes hinweisen: Wir haben jetzt noch den Beitrag des Herrn Staatsministers. Danach haben wir zwei namentliche Abstimmungen. Das heißt, die restlichen beiden Tagesordnungspunkte werden wir heute nicht mehr aufrufen können, da wir ein festes Sitzungsende vereinbart haben.

(Zuruf: Drei Punkte!)

– Es sind noch drei Punkte? – Noch besser. Vielen Dank für den Hinweis. Auf jeden Fall macht es keinen Sinn, im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt noch weitere Punkte aufzurufen. – Herr Staatsminister, bitte schön, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu den vorliegenden Anträgen nur fünf kurze Anmerkungen machen.

Erstens. Wir haben in Deutschland eine so intensive rechtsstaatliche Prüfung von Asylanträgen, wie es sie in nur ganz wenigen Ländern dieser Welt überhaupt gibt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge steht weltweit in dem Ruf, eine der kompetentesten und seriösesten Behörden dieser Art auf der ganzen Welt zu sein. Ich glaube, dass das niemand hier im Hause infrage stellt. Die Entscheidungspraxis des Bundesamts der letzten zwei Jahre, zum Teil auch der weiter zurückliegenden Jahre zu Afghanistan belegt, dass gerade bei der Beurteilung von Asylanträgen von Menschen aus Afghanistan sehr individuell entschieden wird. Es gibt bekanntlich Länder, aus denen Asylbewerber zu uns kommen, die zu 80 bis 90 % zumindest in einem zweiten oder dritten Schritt anerkannt werden. Es gibt andere Länder, aus denen Asylbewerber kommen, deren Anträge nahezu immer abgelehnt werden. Bei den Anträgen von Menschen aus Afghanistan hatten wir in den letzten zwei, drei Jahren wechselweise eine Schutzquote von 60 % oder 50 %. Auf jeden Fall ist offensichtlich, dass jeder Einzelfall genau angeschaut wird und dass das Bundesamt dann zu dem Ergebnis kommt, dass der eine verfolgt ist, weil sein Leben bedroht ist, andere dagegen keinen Anspruch darauf haben, bei uns zu bleiben.

Diese Entscheidung wird dann in den allermeisten Fällen von Verwaltungsgerichten überprüft. In Einzelfällen korrigieren die Verwaltungsgerichte die Entscheidung des Bundesamtes. In den meisten Fällen bestätigen sie aber die Entscheidung. Ein Verwal-

27. Februar dieses Jahres, das ich hier in den Händen habe, ignoriert werden.

(Zurufe von der CSU)

Dieses Schreiben ist keinesfalls hinnehmbar und entschuldbar

(Beifall bei den GRÜNEN)

nach diesen intensiven Diskussionen, die wir hier in den Parlamenten geführt haben, nicht nur in Bayern, sondern auch in anderen Bundesländern, nach diesen Stellungnahmen des UNHCR und der Vereinten Nationen. Wir sagen: Die neuen Grundlagen müssen so schnell wie möglich anerkannt werden. Sie dürfen nicht länger ignoriert werden. Deswegen können wir diesem Antrag, der zwar von der Zielrichtung her die richtige Überschrift hat, nicht zustimmen. Wir müssen uns enthalten, weil wir sagen, wir können nicht unglaubliche Anträge unterstützen, wenn sie nicht dazu führen, dass tatsächlich auf allen Ebenen in die richtige Richtung gearbeitet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – So schlimm war es jetzt doch nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit bei der CSU)

Sie hat doch jetzt begründet, warum sie nicht zustimmen kann.

(Zurufe von der CSU)

Sie hat die fünf Minuten nicht einmal ausgenutzt. Also, bitte!

(Katharina Schulze (GRÜNE): Ein neutrales Präsidium, bitte!)

– Ja. Liebe Frau Kollegin, das war jetzt eher etwas Ironie in Richtung CSU-Fraktion, falls Sie das nicht gemerkt haben sollten.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir beginnen mit der Abstimmung. Die Urnen befinden sich an den bekannten Stellen. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.38 bis 17.43 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung und nutze die Zeit, um das Ergebnis der na-

mentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Gundremmingen stilllegen bis die Störfallbeherrschung hergestellt ist", Drucksache 17/15807, bekannt zu geben: Mit Ja haben 47 Abgeordnete und mit Nein 80 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 11. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Offen ist auch die Bekanntgabe des Ergebnisses der noch am 22. Februar 2017 durchgeführten namentlichen Abstimmung zum

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen!**  
**(Drs. 17/15594)**

Mit Ja stimmten 49 Abgeordnete und mit Nein 83 Abgeordnete bei 7 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Das war noch nicht das Ergebnis der soeben durchgeführten Abstimmung.

Die weiteren Dringlichkeitsanträge aus der letzten Plenarsitzung auf den Drucksachen 17/15596, 17/15598 und 17/15599 sowie 17/15611 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Jetzt brauchen wir nur noch einen Moment zu warten, bis das Ergebnis der Abstimmung vorliegt.

(Unterbrechung von 17.44 bis 17.45 Uhr)

Vielen Dank. – Dann gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15609 betreffend "Abschiebungen nach Afghanistan umgehend aussetzen!" bekannt: Mit Ja stimmten 28 Abgeordnete, mit Nein 73 Abgeordnete bei 19 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Mitarbeit und schließe damit die Sitzung. Ich wünsche Ihnen eine gute Nachhausereise und ein schönes Wochenende.

(Schluss: 17.47 Uhr)



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,  
Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und  
Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Drs. 17/15596**

**Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und  
Entwicklung (FuE) Förderung - unter besonderer Berücksichti-  
gung der Belange der kleinen und mittelständischen Unterneh-  
men (KMU)**

### **I. Beschlussempfehlung:**

**Ablehnung**

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**  
Mitberichterstatter: **Klaus Stöttner**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staats-  
haushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der  
Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und  
Verkehr, Energie und Technologie hat den Dringlichkeitsan-  
trag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in  
seiner 145. Sitzung am 8. März 2017 beraten und mit folgen-  
dem Stimmergebnis:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau  
und Verkehr, Energie und Technologie hat den Dringlichkeitsan-  
trag in seiner 63. Sitzung am 30. März 2017 mitberaten und  
einstimmig Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass  
der zweite Absatz gestrichen wird.

**Peter Winter**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. LIMA) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/15596, 17/16484

**Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE-Förderung) unter besonderer Berücksichtigung der Belange der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU)**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen eines schlüssigen Gesamtkonzepts auf Bundesebene auch dafür einzusetzen, dass eine steuerliche FuE-Förderung – unter besonderer Berücksichtigung der Belange der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) – eingeführt wird.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Karl Freller, Markus Blume u.a. CSU  
Überprüfung der Einkommenshöchstgrenzen in der Wohnraumförderung  
Drs. 17/12430, 17/15946 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ruth Waldmann u.a. SPD  
Beste Bildung – von Anfang an X:  
Gewichtungsfaktor in bayerischen Kindertageseinrichtungen  
für Kinder mit (drohender) Behinderung auch für Flüchtlingskinder öffnen  
Drs. 17/12468, 17/16262 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Harald Güller,  
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Ehrenamtlichen, bürgerschaftlich getragenen Fahrdiensten einen angemessenen  
Ersatz der anfallenden Betriebskosten ermöglichen  
Drs. 17/12733, 17/16263 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher,  
Ruth Waldmann u.a. SPD  
Bundesintegrationsgesetz in Bayern umsetzen!  
Drs. 17/13213, 17/16264 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher,  
Ruth Waldmann u.a. SPD  
Bericht über die Auswirkungen des Bundesintegrationsgesetzes in Bayern  
Drs. 17/13214, 17/16181 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Reduzierung freiheitsbeschränkender Maßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Einrichtungen und Wohnheimen  
Drs. 17/13498, 17/16265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD  
Keine Unterwanderung des Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutzes aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung  
Drs. 17/14190, 17/16266 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bildung ist mehr als Schule II –  
Offene Jugendarbeit als wichtigen Teil der Bildungslandschaft stärken  
Drs. 17/14518, 17/16267 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bayerisches Engagement im Bereich Wasser und Wasseraufbereitung  
in Afrika wieder auf altes Niveau anheben  
Drs. 17/14531, 17/16334 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kinderrechte stärken – Freiheitsbeschränkende Maßnahmen in stationären  
Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung vermeiden  
Drs. 17/14663, 17/16268 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Die „Bergwalloffensive“ muss erhalten bleiben!  
Drs. 17/14705, 17/16198 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Erwin Huber, Kerstin Schreyer u.a. CSU  
Bericht zum Dialogforum „Leben und Arbeiten 4.0“  
Drs. 17/14716, 17/16269 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Kathrin Sonnenholzner, Andreas Lotte u.a. SPD  
Regionalzughalt auf der Strecke der S4  
Drs. 17/15129, 17/16462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Förderung von Abluftreinigungsanlagen in zwangsbelüfteten Ställen  
Drs. 17/15260, 17/16199 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht über Umfang und Auswirkungen von Duftstoffen in öffentlich zugänglichen Räumen  
Drs. 17/15261, 17/16453 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Keine Differenzierung der Milch nach Haltungsbedingungen  
Drs. 17/15263, 17/16200 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Online-Hochschulwahlen in Bayern sicher gestalten –  
Bayerische Hochschulen dabei unterstützen  
Drs. 17/15274, 17/16371 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath, Joachim Unterländer u.a. CSU  
Kostendeckende Übernahme von Krankenversicherungsbeiträgen für Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II  
Drs. 17/15276, 17/16454 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)  
Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz über 2019  
hinaus sicherstellen  
Drs. 17/15329, 17/16459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Die Besten für die Jüngsten – Erzieherausbildung attraktiver gestalten, Praxisbesuche durch Lehrkräfte kostenfrei gestalten  
Drs. 17/15343, 17/16086 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	A	A

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)  
Investitionsbedarf im kommunalen Verkehr: Ausreichenden Ersatz für wegfallende Entflechtungsmittel nach 2019 sicherstellen  
Drs. 17/15350, 17/16460 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Mehr Sicherheit für Menschen mit Hörbehinderungen im Straßenverkehr –  
Zusätzliche Signalanlagen an Ampelübergängen  
Drs. 17/15381, 17/16282 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerekopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU  
Stärkung bäuerlicher Familienbetriebe im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union  
Drs. 17/15424, 17/16442 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	A

24. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU  
Instrument der Neuordnung im Wald verstärkt nutzen  
Drs. 17/15425, 17/16443 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Steuerliche Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital beenden  
Drs. 17/15435, 17/16485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Doppelte Beitragsbelastung für private Altersvorsorge verhindern  
Drs. 17/15437, 17/16455 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Annette Karl,  
Natascha Kohnen u.a. SPD  
Vergaberechtliche Rahmenbedingungen von Integrationsunternehmen  
verbessern  
Drs. 17/15512, 17/16461 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures,  
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Zehn Jahre EU-Mitgliedschaft von Rumänien und Bulgarien –  
Bilanz und Handlungsbedarf für Bayern?  
Drs. 17/15514, 17/16335 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze,  
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz  
Drs. 17/15518, 17/16426 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Forschungsprojekt PCB an Schulen und Kindertagesstätten auflegen  
Drs. 17/15524, 17/16456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) Förderung – unter besonderer Berücksichtigung der Belange der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU)  
Drs. 17/15596, 17/16484 (E) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion nach § 126 Abs. 3 GeschO  
abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft  
und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Hilferufe der Schulen ernst nehmen II – Gute Schulen brauchen solide Verwaltungen!  
Drs. 17/15646, 17/16203 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Maßvolle Umschichtung der Direktzahlungen in die zweite Säule –  
Zustimmung Bayerns zum mehrheitlichen Kompromiss der Bundesländer  
Drs. 17/15651, 17/16433 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Peter Winter,  
Ingrid Heckner u.a. CSU  
Waldforschung zum „Bayerischen Weg“ intensivieren  
Drs. 17/15730, 17/16434 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Cross Compliance: Kontrollen mindestens 24 Stunden vorher anmelden  
und verträglich gestalten!  
Drs. 17/15814, 17/16435 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u.a. und Fraktion (CSU)  
Cross Compliance-Kontrollen praxistauglich gestalten  
Drs. 17/15843, 17/16436 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bewegung in der Rinderhaltung – Weidegang und Auslauf besser unterstützen  
Drs. 17/15382, 17/16473 (E) [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Fachstellen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit ausbauen  
Drs. 17/12178, 17/16260 [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

39. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kinderwunsch unterstützen: Förderprogramm für assistierte Befruchtung in Bayern umsetzen  
Drs. 17/12411, 17/16261 [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**